

# Estland

Wim van Meurs

Das Referendum vom 20. September 2003 mit 67% Zustimmung (bei 64% Wahlbeteiligung) widerspiegelnd, votierten am 21. Januar 2004 77 der 101 Riigikogu-Abgeordneten für die Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages. Bei den Europawahlen, ein halbes Jahr später, fand sich aber nur noch ein Viertel der Esten an den Wahlurnen ein und machte die Sozialdemokratische Opposition zum Sieger. Als Vorreiter der baltischen Beitrittsländer peilte Estland jedoch sofort das nächste Ziel an – die Aufnahme in die Eurozone. Tallinn nominierte den Expremier Siim Kallas für die Europäische Kommission und zeigte sich als ein kritisches Neumitglied, dass einerseits in der Verfassungsdebatte als Kleinstaat die Nizza-Formel der Stimmgewichtung und einen Kommissar pro Land favorisiert und sich andererseits für die Lissabon-Agenda einsetzt und gegen europäische Harmonisierung von Steuern und Sozialpolitik wehrt. Dies wiederum in vorbildlicher europäischer Art: Die Premiers Blair und Palts bezogen in der Financial Times gemeinsam Position zu diesem europäischen Thema und überbrückten so vermeintliche Trennlinien zwischen Links und Rechts, Alt- und Neumitgliedern sowie Groß und Klein.<sup>1</sup> Die Baltische Versammlung und der Ministerrat beschloss am 28. November 2003 die Kooperation verstärkt auf gemeinsame Positionsbestimmung in der EU-25 auszurichten. Mit dem Erreichen der großen Ziele der „Rückkehr nach Europa“ (auch durch den NATO-Beitritt am 2. April 2004) als Krönung der Transformation und mit der Konsolidierung der interethnischen Beziehungen zeichnet sich eine „Normalisierung“ bzw. Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft anhand sozial- und wirtschaftspolitischer Grundpositionen ab. Parteipolitisch war 2003 ein erstaunlich ruhiges Jahr: Die Umbenennung der „Gemäßigten“ in Sozialdemokratische Partei im Februar 2004 lässt sich als weiterer Schritt der Europäisierung verbuchen.

## Wirtschaft, Privatisierung und Handel

Auch 2003 lieferte Estland nahezu traumhafte makroökonomische Eckdaten: 5,1% Wachstum (Prognose 2004: 4,5%), Rang 6 im Economic Freedom of the World Index, 1,35% Inflation, 1,8% Budgetüberschuss. Das Handelsbilanzdefizit war leicht rückgängig, obwohl die EU-15 mittlerweile 69% des Export- und 52% des Importvolumens ausmachten. Bemängelt wurde von IWF-Seite lediglich das auf Dauer zu hohe Leistungsbilanzdefizit von 12% und die Arbeitslosigkeitsrate von 10,5%.<sup>2</sup>

Dennoch zwingen nach einer Dekade neoliberalen Konsenses in der Wirtschaftspolitik die trotz „Wirtschaftswunder“ wachsenden sozialen Disparitäten und die strukturelle Überalterung der Bevölkerung die Politik zu einem Umdenken. Die Debatte entzündete sich an der geplanten schrittweisen Senkung des Einkommensteuersatzes von derzeit 26% auf 20% (2007). Die Volkunion möchte den ersten Schritt auf 2005 verschieben und das höhere Steueraufkommen für junge Familien, Bildung und Kommunalverwaltung einsetzen.

---

<sup>1</sup> Financial Times (03.11.2003).

<sup>2</sup> Handelsblatt (21.11.2003), S. 7.

Als das 2002 initiierte „Nationale Gesellschaftsakkord“ mit den Zielsetzungen, das Prokopfeinkommen bis 2015 zu verdoppeln und mehr in Bildung und junge Familien zu investieren, im Oktober 2003 unterzeichnet wurde, waren 10 der ursprünglich 48 Organisationen ausgeschert, darunter Res Publica, die Reformpartei, aber auch die Zentrumspartei.

Aus der gleichen Motivationslage einer wachsenden Kluft zwischen den „boomtowns“ an der Westküste und dem strukturschwachen Hinterland erklärt sich das Interesse an Regionalpolitik.<sup>3</sup> So wird z.B. mit ISPA-Mitteln die Instandsetzung der Autobahn nach Narva in Angriff genommen. Nicht von Erfolg gekrönt waren bislang die Überlegungen zur Neuordnung der Regional- und Kommunalverwaltung. Obwohl die meisten der 241 Kommunen zu klein sind, um handlungsfähig zu sein, sind bislang kaum freiwillige Fusionen zustande gekommen. In Abwartung einer längst überfälligen politischen Entscheidung, ob die Provinzen von einem, vom Premier bzw. Präsidenten ernannten, Gouverneur regiert werden (Res Publica und Reformpartei) oder ob die Macht bei einer neu einzurichtenden regionalen Selbstverwaltung liegen sollte (Volksunion), wurden in 10 von 15 Provinzen Interimverwalter ernannt.

### Regionalkooperation und Minderheitenpolitik

Die Moskauer Strategie, eine wirkliche Normalisierung der Beziehungen zu Estland und Lettland zu behindern, fand mit der EU-Osterweiterung eine neue Angriffsfläche. Statt das eigene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit der EU automatisch auf die zehn Neuen auszuweiten, wurde ein Junktim mit der Minderheitenpolitik aufgebaut. Auch die Europäische Kommission zeigte sich – trotz Befürchtungen aus Tallinn und Riga – unbeugsam und verknüpfte ihrerseits die aus dem PKA folgenden Abschaffung der russischen Doppelzölle auf Importe aus Estland mit den Verhandlungen über eine WHO-Mitgliedschaft Russland. Der im April 2004 erreichte Kompromiss sieht eine EU-Kompensation von russischen Zolleinbußen und eine Ausweitung des PKA auf die EU-25 vor.<sup>4</sup>

Die politische Debatte und Gesetzesänderungen zur Minderheitenpolitik betreffen immer kleinere Teilgruppen: Diesmal beschäftigten die Aufenthaltsgenehmigungen für ehemalige Sowjetmilitärs das höchste Gericht und die Legislative, obwohl es nur um den Unterschied zwischen verlängerbaren Fünfjahres- und permanenten Genehmigungen für eine Gruppe von (inkl. Angehörigen) 6500 Personen ging.<sup>5</sup> Auf gleicher Höhe liegt der Vorschlag der Zentrumspartei, die (geschätzten 17.000) Nichtstaatsbürger im Rentenalter vom Sprachtest freizustellen. Ähnlich wie der Aufruf des EU-Kommissars an die Nichtstaatsbürger, sich durch Naturalisierung ihre vollen Rechte als EU-Bürger zu sichern, lässt dies eher auf Unwille oder Indifferenz statt hohe Hürden schließen. Nicht uninteressant ist in dem Kontext die russisch-estnischen bzw. –lettischen Auseinandersetzung über die Behandlung der Minderheiten, dass nur gut 15% der Einwohner mit russischem Pass sich genügend der Heimat verbunden fühlen, um sich an den Dumawahlen im Dezember 2003 zu beteiligen.

---

<sup>3</sup> Die Zeit 12 (2004), S. 6.

<sup>4</sup> Iris Kempe / Heindl, Andreas: Kreml ante portas. Die direkte Nachbarschaft der erweiterten EU mit Russland (CAP Position 17.05.2004): [www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/positionen/2004\\_05\\_kreml.htm](http://www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/positionen/2004_05_kreml.htm).

<sup>5</sup> RFE/RL Newline 4-35 (2003).